



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

A2

Antrag

Initiator*innen: Benedikt Patzelt, Heribert Rychert, Marie-Theres Jung (DR Aachen), Gregor Podschun, Lisi Maier, Stefan Ottersbach, Katharina Norpoth (BDKJ), Kerstin Stegemann (DK Münster)

Titel: Mehr Mitbestimmung ermöglichen

Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

2 **Freiheit als Grundmotiv**

3 Die Freiheit ist ein Grundmotiv der jüdisch-christlichen Tradition. In
4 zahlreichen Narrativen des Alten Testaments erfährt der Mensch das befreiende
5 Einwirken Gottes in politische und soziale Verhältnisse: Diese Erfahrung wird
6 besonders im Exodus-Geschehen offenbar. Darüber hinaus ist die Freiheit jeder
7 Person im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Freiheit ist für
8 uns nicht nur die Abwesenheit von Zwängen, sondern auch das Vermögen und die
9 Macht, das Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten. Zur
10 Freiheit gehört somit auch die Möglichkeit der Teilhabe unbedingt dazu, denn
11 Teilhabe ist Gestaltungsmacht. Politische Beteiligung kann im demokratischen
12 System der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Formen erfolgen. Ein
13 wichtiges Instrument der politischen Beteiligung sind die Wahlen von
14 Repräsentant*innen in die jeweiligen Parlamente. Die Festlegung eines Wahlalters
15 schließt Menschen aus und beschneidet sie in ihrer Freiheit. [\[1\]](#)

16 **Kinder und Jugendliche haben eine Stimme**

17 Das politische Interesse junger Menschen zeigt sich zunehmend. Der globale
18 Einsatz für mehr Klimaschutz, die Demonstrationen gegen die EU-
19 Urheberrechtsreform oder das Engagement für mehr Europa und gegen das Sterben

20 auf dem Mittelmeer werden von jungen Menschen organisiert oder mitgetragen. Auch
21 das Engagement junger Menschen für das Gemeinwohl, beispielsweise durch soziale
22 Aktionen in den Jugendverbänden oder das bürgerschaftliche Engagement in den
23 Freiwilligendiensten spiegelt einen verantwortungsvollen Umgang junger Menschen
24 mit gesellschaftspolitischen Themen. Dass Menschen unter 18 Jahren auch in Form
25 von Wahlen konkrete Politik mitgestalten wollen, zeigen die regelmäßig
26 stattfindenden U18-Wahlen. Anlässlich der Bundestagswahl 2017 nahmen knapp
27 220.000 Kinder und Jugendliche an einer U18-Wahl des Deutschen
28 Bundesjugendrings teil.[\[2\]](#) Das Engagement junger Menschen und die hohe
29 Wahlbeteiligung bei den U18-Wahlen zeigen, dass Kinder und Jugendliche
30 politikinteressiert sind und ihre Meinung vertreten wollen.

31 **Eine Frage der Generationengerechtigkeit**

32 Wahlen sind ein demographischer Spiegel der Gesellschaft – Menschen, die ihr
33 Wahlrecht für sich wahrnehmen, repräsentieren auch ihre Alterskohorte. Das
34 Problem liegt darin, dass ein Großteil der Gesellschaft, u. a. alle jungen
35 Menschen, die zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht 18 Jahre sind, ausgeschlossen
36 werden. Es ist davon auszugehen, dass bei der kommenden Bundestagswahl 2021 mehr
37 als die Hälfte der Wähler*innen älter als 55 Jahre sein wird und somit diese
38 Alterskohorte die absolute Mehrheit stellen könnte.[\[3\]](#) Diese Generation hat
39 somit einen großen Einfluss auf die aktuellen und zukünftigen politischen
40 Entscheidungen. Dem gegenüber bleiben die Bedürfnisse und Interessen der
41 Menschen unter 18 Jahren bei Wahlen immer außen vor, obwohl sie von den
42 Ergebnissen und Folgen massiv betroffen sind. Die Mitbestimmung junger Menschen
43 ist mit Blick auf die Generationengerechtigkeit dringend notwendig.

44 **Mitbestimmung als Grundlage**

45 Aus Überzeugung sind die Strukturen des ZdK demokratisch organisiert. Echte
46 Partizipation bedeutet für uns auch die Möglichkeit der Mitbestimmung. In
47 unseren Verbänden und Gremien sind auch junge Menschen unter 18 Jahren
48 selbstverständlich beteiligt. In den Verbänden wählen junge Menschen ihre
49 Leitungsgremien direkt und können entscheidend Einfluss auf die inhaltliche
50 Ausrichtung ihres Verbandes nehmen. Auch in der demokratischen Struktur der
51 Lai*innenräte liegt die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht unter 18 Jahren.

52 Aus den genannten Gründen setzen wir uns für mehr politische
53 Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen ein und fordern:

- 54 • **Teilhabe junger Menschen am politischen Geschehen ermöglichen und das**
55 **Wahlalter auf allen Ebenen auf mindestens 14 Jahre absenken.**

56 Die anstehende Wahlrechtsreform muss für die notwendige Änderung genutzt
57 werden. Bereits bei einer möglichen Kommission zur Veränderung der
58 Wahlordnung des Deutschen Bundestages müssen junge Menschen unter 18
59 Jahren beteiligt werden. Grundsätzlich darf eine Beteiligung junger
60 Menschen und das aktive Wahlrecht aber nicht durch willkürliche
61 Altersgrenzen eingeschränkt werden, sondern junge Menschen müssen aktiv in
62 politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse
63 eingebunden werden und dazu befähigt werden, ihre Meinung einzubringen.

64 • **Politik muss zugänglicher werden.**

65 Verstehen ist eine Grundvoraussetzung für Partizipation. Solange nicht
66 alle Menschen die politischen Diskussionen verstehen können, ist ihnen
67 auch eine Beteiligung und Teilhabe nicht in vollem Umfang möglich.
68 Insgesamt braucht es wirksame, altersgerechte und bedürfnisorientierte
69 Informations-, Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten. Entsprechend
70 müssen Politiker*innen und Parteien ihre Arbeit in verständlicher Sprache
71 darstellen, sodass alle Menschen sie verstehen können. Außerdem ist
72 politische Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen
73 Bereich weiter zu stärken.

74 • **Partizipation und Teilhabe nicht nur auf Wahlen beschränken.**

75 Auch an anderen Orten in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen
76 müssen entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden, um den Mehrwert von
77 echter Partizipation bereits in frühem Alter erfahrbar zu machen.
78 Entsprechende Angebote müssen gefördert und gestärkt werden.

79 [\[1\]](#) Vgl. aej und BDKJ (Hrsg.), Gemeinsames Sozialwort der Jugend, S. 8-11.

80 [\[2\]](https://www.dbjr.de/artikel/die-kinder-und-jugendwahl-u18/) Vgl. <https://www.dbjr.de/artikel/die-kinder-und-jugendwahl-u18/>

81 [\[3\]](#) Vgl. Stiftung Marktwirtschaft, Demographie als Herausforderung für die
82 Demokratie, S. 6.